

Stellungnahme der schulischen Elternvertreter im Zollernalbkreis zu den geplanten Deputatskürzungen

(Änderung der Verwaltungsvorschrift „Arbeitszeit der Lehrer an öffentl. Schulen in BaWü“)

Nach uns vorliegenden Informationen sind für das folgende Schuljahr einschneidende Kürzungen von Deputatstunden an allen Schularten geplant. Besonders betroffen ist der gymnasiale Bereich:

1. Entlastungsstunden, die für die Organisation und Koordination der Hausaufgabenbetreuung und der Qualifizierung der Hausaufgabenbetreuer benötigt werden, werden vollständig gestrichen.

Es ist uns unverständlich, wie die Landesregierung solche Kürzungen vornehmen und sich gleichzeitig für eine verbesserte Betreuung und Unterstützung der Schüler stark machen kann. 2008 wurde vom Ministerrat beschlossen, alle G8-Gymnasien zu einem Angebot zur Hausaufgabenbetreuung, vorrangig in den Klassenstufen 5-7, zu verpflichten.

Es ist für uns nicht einsichtig, wie in absehbar zunehmend heterogenen Klassen ohne diese unterrichtsunabhängige Unterstützung der Schüler das Lernziel in den Klassen erreicht werden kann.

2. Der Anrechnungsfaktor im allgemeinen Entlastungspool wird gekürzt.

Stunden im Entlastungspool sind für die „Wahrnehmung besonderer ständiger außerunterrichtlicher Aufgaben und zum Ausgleich besonderer unterrichtlicher und außerunterrichtlicher“ Aufgaben vorgesehen. Die beabsichtigte Kürzung würde bedeuten, die Schulen hätten weniger Möglichkeiten, Exkursionen zu begleiten, die SMV zu betreuen oder Koordination von Programmen wie Jugendbegleiter, Jugend debattiert, Konfliktlotsen, Schulwegeplanung zu organisieren. Alle Veranstaltungen, die die Schule zu einem lernfreundlichen Lebensraum wachsen lassen, könnten nur erschwert umgesetzt werden. Das ist der Entwicklung der Schulen, die zunehmend Erziehungsaufgaben übernehmen müssen, entgegengesetzt.

3. Reduzierung der Stunden für die Ausbildungslehrkräfte.

Der Aufwand der Schulen hat sich bereits durch die Einführung des Orientierungspraktikums, dem Pflichtpraktikum für Lehramtsstudenten zu Studienbeginn, ohne Ausgleich erhöht. Die Schulen würden daher in der Betreuung der unerfahrenen Studienanfänger erneut belastet und der für Wissen und Persönlichkeitsbildung zugewandte Schulalltag würde erschwert.

Diese Kürzungen insgesamt belasten die Vielfalt des Schullebens. Sie wird sich zu Ungunsten der Schüler auswirken: die Schwächeren in diesem System werden den Anforderungen aus eigener Kraft nicht nachkommen können und möglicherweise als gescheiterte Schüler der Gesellschaft zur Last fallen, die Stärkeren werden ihrem erhöhten Interesse entsprechend nicht genügend an weiterführenden Aufgaben gebunden und werden gelangweilt das Schulklima gefährden.

Engagierte Lehrkräfte leisten in der Regel, viel, viel mehr Stunden für ihre Zusatzaufgaben als die Entlastungsstunden entlasten. Und genau dort meint das KM ohne Qualitätseinbußen einsparen zu können.

Wir sehen in der Kürzung der Deputatstunden eine empfindliche Schwächung der Qualität des außerunterrichtlichen Spielraums einer Schule und dies wird somit direkt den schulischen Lebensraum unserer Kinder beeinträchtigen.

Dieses Vorgehen interpretieren wir als eine Maßnahme auf dem Rücken der Kinder unserer Gesellschaft, eine Maßnahme zu Lasten der Zukunft.

Neben der Kritik gegenüber diesen Sparmaßnahmen beklagen wir ebenfalls den Weg, diese Maßnahmen auf den Weg zu bringen:

Die Kürzungen in der Hausaufgabenbetreuung und im AE-Bereich (allgemeiner Entlastungspool) werden über den Weg einer Verwaltungsvorschrift vorgenommen. Das ist völlig unüblich. Wir Elternvertreter werten dieses

Vorgehen als eine trickreiche Umgehung der für Änderungen solchen Ausmaßes sonst eingebundener Gremien. Da diese Einsparungen wesentlich die Qualität der schulischen Rahmenbedingungen verschlechtern und unsere Familien daher unmittelbar betreffen, empfinden wir dieses Vorgehen geradezu als arglistig und einer seriöse arbeitenden Landesregierung nicht angemessen.

Wir sehen insbesondere die Schulart Gymnasium als besonders davon betroffen. Die von uns seit langen Jahren angemahnten Bemühungen, die „Pädagogisierung des Gymnasiums“ weiterzuentwickeln und dabei hohe Fachlichkeit zu erhalten, werden dadurch weit zurückgeworfen. Dies kann daher so von uns nicht akzeptiert werden.

Solche Versuche der Haushaltssanierung, bzw. Mittelverlagerungen innerhalb eines Ressorts zu Gunsten bildungspolitischer Prestige- und Wunschprojekte, sind nach unserer Meinung unzulässige und einseitige Einsparungen im Bildungswesen. Wir werten dies als einen schweren politischen Fehler. Der Aussage, dass auch das Kultusressort mit einem sehr hohen Anteil am Landeshaushalt seinen Beitrag zu den Einsparzwängen leisten muss, widersprechen wir daher vehement!

Der Arbeitsplatz „Schule“ muss in unseren Augen viel eher endlich vorrangig zu einem der attraktivsten Arbeitsfelder für geeignetes Personal vieler Sparten ausgebaut werden. Hier sehen wir vielseitige Ansatzpunkte, um auch Lehrer von unterrichtsfremden Aufgaben durch Einsatz geeigneten weiteren Personals zu entlasten.

Wir fordern die Landesregierung auf, unsere demokratisch gewählten Elternorgane in konstruktiver Art und Weise in diese Fragen miteinzubeziehen, um notwendige Anpassungen auf den Weg zu bringen. Wir erwarten, dass man sich ernsthaft mit den Fehlentwicklungen im System und deren Abhilfemöglichkeiten mit uns auseinandersetzt. Der effiziente Einsatz der erforderlichen Mittel sollte für eine gute Qualität in der Bildung unbedingt im Vordergrund stehen.

Daher fordern wir die Landesregierung auf, die geplanten Kürzungen, wie sie in der Veränderung der Verwaltungsvorschrift vorgesehen sind, umgehend zurückzunehmen.

Balingen, den 29. April 2013

Die Unterzeichner der Stellungnahme:

Elternbeirat Gymnasiums Balingen

Gesamtelternbeirat Balingen

Elternbeirat Gymnasium Ebingen

Elternbeirat Gymnasium Hechingen

Gesamtelternbeirat Hechingen

Elternbeirat Progymnasium Rosenfeld

Gesamtelternbeirat Rosenfeld

Elternbeirat Gymnasium Haigerloch

Gesamtelternbeirat Haigerloch